

Hält Europa das Auseinanderstreben der Lebensstandards aus?

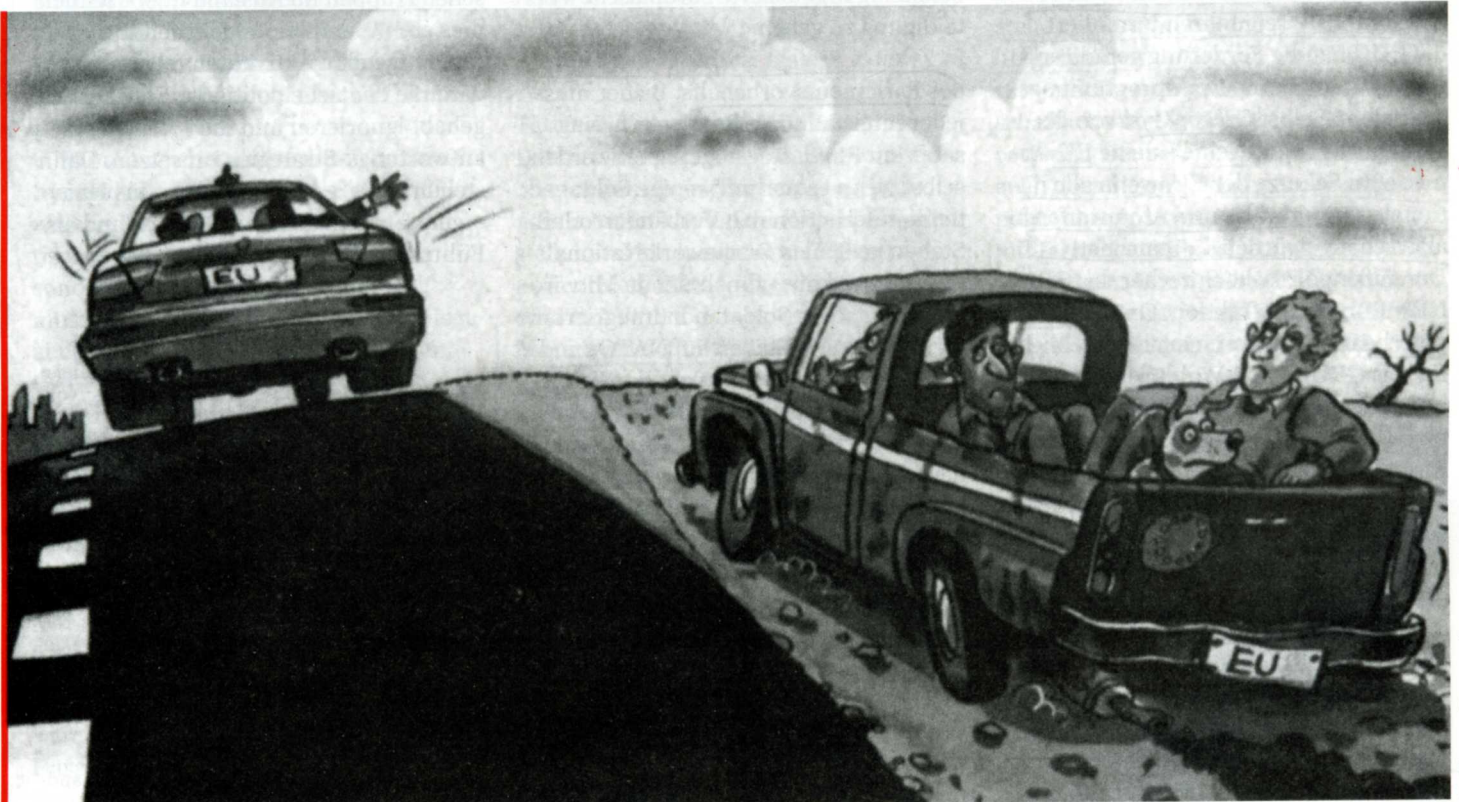
von | Joachim Bischoff

Wesentliche Gründe für die jahrzehntelange Entwicklung der Europäischen Union waren die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung, die Angleichung der wirtschaftlich-sozialen Lebensstandards auf hohem Niveau und die Bündelung der wirtschaftlichen Ressourcen und Entwicklungspotenziale. In den zurückliegenden sechs Dekaden zeigte sich insgesamt eine absolute und relative Erhöhung der Pro-Kopf-Einkommen der zuvor ärmeren Länder. Der Konvergenzprozess verlief in den einzelnen Ländern jedoch nicht gleichmäßig und auch nicht durchgehend. Vor allem infolge der Wirtschaftskrise, die im Jahr 2008 einsetzte, kehrte sich die Konvergenz in eine Divergenz um. Wenn die Potenziale der Mitgliedsländer zukünftig weiter auseinanderstreben, wird das Projekt Europa in weitere ökonomisch-soziale Krisenprozesse abgleiten.

Der Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 verallgemeinerte die US-Häuser- und -Bankenkrise weltweit. Die bis heute anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise war größtenteils das Ergebnis eines vorangegangenen mehrjährigen Booms mit anschlie-

ßendem Zusammenbruch der Häuserpreise, die in den USA im Jahr 2007 ihren Höhepunkt erreicht hatten. Auch in einigen anderen kapitalistischen Hauptländern hatten sich infolge der strukturellen Überakkumulation, des wachsenden Überschusses an anlagensuchendem Kapital sowie der damit verbundenen Absenkung des Zinsniveaus Immobilien- und Vermögenspreisblasen herausgebildet. Während des Booms vor der Krise wurden Hauskäufer ermutigt, hohe Kredite aufzunehmen; diese Kredite wurden verbrieft und weltweit als Finanzprodukte gehandelt.

In der Folge kam es zu einer internationalen Finanzkrise und einem drastischen Einbruch der wirtschaftlichen Leistung. Seit-her gab es in vielen westlichen Ländern bisher keine durchgreifende wirtschaftliche Erholung – von nachhaltigen Wachstumsraten, die Arbeitsplatz- und Einkommensverluste ausgleichen könnten, ganz zu schweigen. Durch staatliche Interventionen wurde eine globale Abwärtsspirale oder ein Systemcrash abgewendet und die Konjunktur stabilisiert. Die ausgebliebene Bereinigung der verzerrten Wertverhältnisse macht besonders



Karikatur: Economist

der Eurozone und insgesamt den europäischen Ökonomien zu schaffen.

Die Krise der Eurozone und der europäischen Ökonomien ist bei weitem nicht überwunden. Jeder Tag, mit dem weiter Zeit gekauft wird, erhöht die Fehlentwicklungen und die Gefahr eines unkontrollierten Auseinanderbrechens. Jeder Austritt eines Landes oder ein politisch oder ökonomisch bedingter Zerstörungsprozess der Währungsunion würde zu erheblichen Turbulenzen an den Finanzmärkten und einer weltweiten Rezession führen. Gleichwohl wird als Alternative zum neoliberalen Weiterwursteln auch die Rückkehr zu nationalen Währungen oder zumindest ein Umbau des Währungssystems mit dem Euro gefordert. Die Euro-Zukunft hängt maßgeblich von einem überzeugenden Konzept zur voranschreitenden Konvergenz in Richtung wirtschaftlicher und finanzpolitischer Koordination ab. Derzeit sind die Reparaturmaßnahmen unzureichend. Die Eurozone findet nur aus der Krise durch eine Politik, die vor allem den südeuropäischen Ländern die Chance eröffnet, wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen. Dazu ist eine gesamt europäische Anstrengung nötig, die diesen Ländern hilft, so wie der Marshallplan nach dem Zweiten Weltkrieg den Europäern geholfen hat.

Scheitern der neoliberalen Modernisierung

Das Projekt einer umfassenden Modernisierung Europas, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts proklamierte Lissabon-Strategie, mit der die Konkurrenzfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt vorangebracht werden sollte, ist schon vor der Großen Krise gescheitert. Im Kern war es der Versuch, die politische Strategie Deutschlands als Modell für den ganzen Euro-Club anzupfehlen: hohe Wettbewerbsfähigkeit, ökonomisches Wachstum durch außenwirtschaftliche Erfolge, und darüber gesicherte Beschäftigung und Einkommen. Das erforderte einen wettbewerbspolitischen Umbau des Europäischen Sozialmodells, eine Öffnung der sozialen Sicherungssysteme für die Finanzmärkte, und die weitere Privatisierung öffentlicher Unternehmen vor allem in Bereichen kommunaler Infrastruktur. Das Ergebnis: Verschärfung der sozialen Ungleichheit, Ausbildung von Vermögensblasen und eine massive Expansion der Finanzsektoren mit der Folge höherer Instabilität der wirtschaftlichen und politischen Systeme. Deutschland konnte als wettbewerbsstärkste Wirtschaftsmacht die Führungsposition erobern.

Das Versprechen einer Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse im Euro-Regime war überzogen. Deutschland hatte mit der Einheitswährung einen entscheidenden Konkurrenzvorteil erhalten: Wettbewerbsvorsprünge wurden nicht mehr durch eine Aufwertung der nationalen Währung konterkariert. Die Politik der deutschen Bundesregierungen, die nationale Akkumulation dadurch zu befeuern, dass man sich der kollektiven Nachfrage im europäischen Binnenmarkt bemächtigt, konnte in der Währungsunion richtig zum Zuge kommen. Da unterlegene Nachbarn nicht mehr die Möglichkeit der Abwertung ihrer nationalen Währung hatten, wuchs der Druck, intern durch rabiate Senkung der Lohnkosten abzuwerten. Wo dies nicht geschah, stieg die Verschuldung. Ein knappes Jahrzehnt »funktionierte« dieses »Gläubiger-Schuld-

ner«-System. In Zusammenhang mit der Großen Wirtschaftskrise war die Expansion durch wachsende Verschuldung am Ende.

Kohäsionspolitik (Struktur- und Regionalförderung)

Die zentrale realwirtschaftliche Ursache der Eurokrise liegt in der ungleichen Entwicklung der Handels- und Kapitalströme. Seit Einführung des Euro werden die wirtschaftlich starken Volkswirtschaften stärker und die wirtschaftlich schwachen Volkswirtschaften schwächer. Deutschland, Holland, Österreich und Finnland haben durch eine interne Abwertung an preislicher Wettbewerbsfähigkeit hinzugewonnen, der europäische Süden musste real aufwerten. Ohne einen Abbau dieser Ungleichgewichte wird der Euro nicht überleben. Durch ein umfassendes Reformprogramm lässt sich eine qualitative Wachstums- und Beschäftigungsstrategie realisieren.

Denn es ist unabweisbar, dass mit der bloßen Fortführung einer Struktur- und Kohäsionspolitik in der EU die vorhandenen und wachsenden Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der nationalen Ökonomien in Europa nicht überwunden werden können. Die europäische Kohäsionspolitik ist nach der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der zweitgrößte Budgetbereich der EU, sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der gesamten EU.

Die gegenwärtige Krise trifft einige Regionen, die über die letzten Jahre zu den Hauptempfängern der Europäischen Regionalförderung gehörten, besonders stark. Die Folge wird sein, dass sich die regionalen Disparitäten, gemessen am BIP pro Kopf oder den regionalen Arbeitslosenquoten, massiv verschärfen und die begrenzten Angleichungsprozesse zerstört werden. Die notwendige Konsolidierung öffentlicher Haushalte in Griechenland, Spanien oder Portugal wird dazu führen, dass einige Investitionsprojekte, die durch die EU in strukturschwachen Regionen gefördert werden sollten, mangels fehlender lokaler Ko-Finanzierung verschoben werden müssen oder überhaupt nicht durchgeführt werden können. Es sind gerade die südlichen Krisenländer oder Kohäsionsländer Irland, Griechenland, Portugal und Spanien, die bis zur Krise am stärksten von der Strukturpolitik der Gemeinschaft profitierten. Auch wenn man die Förderung aus dem Etat der Gemeinsamen Agrarpolitik ausklammert, haben die vier Krisenländer erhebliche Beiträge aus den Fördertöpfen der so genannten Kohäsionspolitik bekommen. Die dafür bereitgestellten Mittel sollten den Empfängerstaaten helfen, in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu den wohlhabenderen Mitgliedstaaten aufzuschließen. Aber das gesamte Instrument der Strukturpolitik muss einer gründlichen Revision unterzogen werden. Im Zuge der Kohäsionsförderung stellte die EU allein Spanien zwischen 1999 und 2008 insgesamt 70,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Berücksichtigt man die Bevölkerungszahlen, standen jedoch Griechenland und Portugal auf der Förderliste ganz oben – dorthin flossen jeweils etwa 2.700 Euro je Einwohner.

■ Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus.

Mit ihrer Kohäsionspolitik unterstützt die EU verschiedenste Projekte. In Griechenland half sie z.B., 7.000 Unternehmensgründungen zu finanzieren und 80.000 Firmen ans Internet anzuschließen. In Portugal förderte die EU unter anderem den Ausbau der Verkehrswege – dadurch erhöhte sich die Dichte des Autobahnnetzes von 1995 bis 2004 um 200 Prozent. Spanien konnte dank EU-Hilfen sein Hochgeschwindigkeits-Bahnnetz von 2000 bis 2006 um 850 Kilometer ausbauen. Zwischen 1995 und 2005 wurden zudem 57 Wasseraufbereitungsanlagen gebaut oder erweitert – statt 41% kamen danach 77% der Stadtbevölkerung in den Genuss sauberen Leitungswassers.

Die Fördermittel, die seit Gründung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 1975 eingesetzt wurden, sind erheblich; und sie sind über die Jahre deutlich angestiegen. So betrug das Budget des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung in der Förderperiode von 1975-1988 durchschnittlich 6,8% des gesamten EU-Budgets, in der Förderperiode 2007-2013 waren es hingegen 35,7%.

Die Kohäsionspolitik ist seit Mitte der 1980er Jahre zu einem zentralen Politikbereich der EU geworden:

- 1989-1993: 60,3 + 3 Mrd. ECU
im Zuge der deutschen Einheit
- 1994-1999: 200 Mrd. ECU
- 2000-2006: 235 Mrd. Euro (davon für D: ca. 30 Mrd. Euro)
- 2007-2013: 308 Mrd. Euro (davon für D: ca. 23,4 Mrd. Euro)

Trotz dieses massiven Mitteleinsatzes sind die Ergebnisse bisher bescheiden:

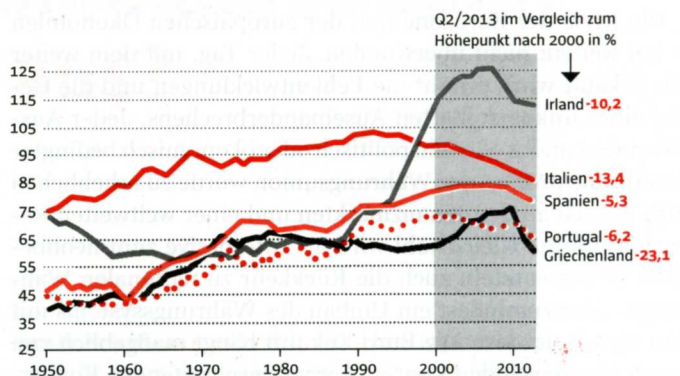
- Verringerung der Disparitäten in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung;
- messbare Steigerung des BIP und der Arbeitsplätze durch EU-Kohäsionspolitik;
- mehr als 1,7 Mio. KMUs wurden in irgendeiner Form gefördert;
- 8.400 km Schienen und 5.100 km Straßen wurden gebaut oder verbessert;
- 20 Mio. Menschen erhielten Zugang zu sauberem Trinkwasser; für zusätzliche 23 Mio. wurden moderne Anlagen zur Abwasserklärung und -behandlung gebaut;
- es gab Ausbildungsmaßnahmen für 10 Mio. Menschen jährlich (mehr als die Hälfte davon sind Frauen);
- etwa zwei Mio. arbeitsloser Menschen finden eine Arbeit nach ESF-Hilfe;
- über eine Million Arbeitsplätze wurden geschaffen.

Eurostat stellte 2011 fest, dass für die EU-27 als solche die regionalen Disparitäten hinsichtlich des BIP insofern abgenommen hätten, dass die neuen Mitgliedsländer insgesamt gegenüber den alten aufschließen. Andererseits ginge dies in den neuen Mitgliedsländern jedoch mit erhöhten inländischen Disparitäten einher, während diese in den alten Mitgliedsländern ebenfalls zurückgehen würden.

Insgesamt zeichnet Eurostat aber ein positives Bild hin zu einer innereuropäischen Angleichung der Entwicklungsniveaus. Allerdings: In unzähligen Studien sind die Auswirkungen der Fördermittel analysiert worden. Es gibt keine eindeutigen Beweise für eine positive Gesamtauswirkung der Kohäsionsmittel auf die Wirtschaft der EU, nicht einmal in den zentralen Berei-

Abbildung 1: Konvergenz und Divergenz

Reales BIP/Kopf relativ zum jährlichen EU-Mittelwert (= 100)



Quelle: The Conference Board 2013; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

chen wie Wachstum, Arbeitsplatzschaffung und regionale Konvergenz. Mit der anhaltenden Krise seit 2008, verstärkt durch die Krisenprozesse in der Eurozone, hat sich diese Frage der Angleichung insoweit erledigt, als die südlichen Mitgliedsländer dramatisch zurückgeworfen sind.

Das Beispiel Portugal: Ein Vierteljahrhundert mit EU-Geldern

In 25 Jahren seit Portugals Beitritt zur EU 1986 und bis 2011 hat das Land statistisch pro Tag neun Mio. Euro aus Brüssel erhalten. Insgesamt waren das rund 81 Mrd. Euro, aus denen bis Ende 2014 knapp 97 Mrd. Euro werden. In den ersten acht Jahren gab es die wenigsten EU-Mittel (ca. 2,9 Mrd. Euro/Jahr) und die Zuschüsse waren zwischen 2000 und 2006 am höchsten (ca. 4,27 Mrd. Euro/Jahr). Das Geld wurde insbesondere für Schulen, Krankenhäuser, Land- und Fischerei-Wirtschaft sowie Straßen- und Brückenbau verwendet. Der Strukturfonds ermöglichte einen Ausbau des Verkehrsnetzes, von dem die Zeitung »Diário de Notícias« schreibt, die EU habe »Straßenbeläge finanziert, die ausreichten, um die Strecke von Lissabon nach New Delhi zu teeren«. Bei der Analyse von Einnahmen aus EU-Fonds und ihren Auswirkungen auf den jeweils begünstigten wirtschaftlichen oder sozialen Sektor lassen sich verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen in einigen Berufs- und Wirtschaftszweigen nachweisen: Das Programm »Novas Oportunidades« für die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen habe zur verbesserten Qualifikation und zu neuen Chancen für viele Arbeitnehmer geführt. Das gleiche gelte in der Landwirtschaft und bei der Umgestaltung der Fischerei. Dennoch müsse das »Versagen des Projektes eines europäischen Portugal« konstatiert werden, denn es habe in den 25 Jahren nie eine durchgängige Strategie zur Entwicklung des Landes gegeben, sodass »wir in vielen Bereichen auf halbem Wege stehen geblieben sind«.

Festgehalten werden kann:

1. Das Instrument der Kohäsionspolitik hat keine durchgreifende Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Niveaus unter den Mitgliedsländern gebracht.
2. Wenn die Kohäsionspolitik fortgeführt werden soll, müsste sie gründlich revidiert und auf nationalspezifische Entwicklungsstrategien ausgerichtet werden.

Tabelle 1: Konvergenz in den Krisenstaaten 2013 und 2014 (Angaben in %)

	2013			2014		
	Bevölkerungswachstum	BIP-Wachstum ¹	Gesamteffekt	Bevölkerungswachstum	BIP-Wachstum ¹	Gesamteffekt
Griechenland	0,2	-4,8	-4,2	0,17	-1,2	-2,2
Irland	1,04	1	0,8	0,02	1,9	0,1
Italien	0,05	-1,8	-1,0	0,02	0,4	-0,4
Portugal	-0,06	-2,7	-1,8	-0,09	0,2	-0,5*
Spanien	0,28	-1,7	-1,2	0,25	0,4	-0,6
EU-15	0,35	-0,005	-	0,34	1,4	-

Quelle: OECD und IW: Europa drifft auseinander – Ist dies das Ende der realwirtschaftlichen Konvergenz? Henry Goecke, November 2013, IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 40. Jg., Heft 4/2013

Ein negativer Wert des Gesamteffekts in den Spalten vier und sieben der Tabelle bedeutet, dass das BIP pro Kopf des jeweiligen Landes langsamer wächst als der EU-Durchschnitt. Bei einem Ausgangsniveau des BIP pro Kopf unterhalb des EU-Durchschnitts indiziert dies eine Divergenz.

3. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, der Absenkung des Lebensstandards und der bedrückenden Zukunftsaussichten der südlichen Länder muss eine große Anstrengung der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Weg gebracht werden.
4. Nach wie vor konzentrieren sich die Hilfsprogramme auf die Sanierung der Banken und die Konsolidierung der öffent-

lichen Finanzen, während die Realwirtschaft durch Austeritätsmaßnahmen auf ein höheres Niveau der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit angehoben werden soll. Die vollständige Unangemessenheit der Unterstützungsmaßnahmen wird deutlich, wenn man sich die Ausgabendimension klar macht: Der Gesamtumfang an Beihilfen, den die EU-Kommission für die Finanzbranche grundsätzlich genehmigt und freigegeben hatte, ist enorm: Er beläuft sich von 2008 bis zum 1. Oktober 2012 auf 5,06 Bio. Euro – das sind fast 40% des EU-Bruttoinlandsproduktes. In Anspruch genommen haben die Finanzinstitute Europas wegen der Krise bisher insgesamt 1,616 Bio. Euro. Der Wert entspricht 13% der EU-Wirtschaftsleistung. Zwei Drittel der Bankenhilfen wurden demnach in Form von staatlichen Garantien für Kredite der Banken untereinander gewährt. Neben den Liquiditätsmaßnahmen – die 1,174 Mrd. Euro ausmachten – entfiel der Rest auf die Stützung der Solvenz, Rekapitalisierung und die Entlastung wertgeminderter Vermögenswerte.

Im krassen Gegensatz dazu stehen die Mittel für die Realökonomie (Industrie und Dienstleistungen). Die staatliche Unterstützung für die Realwirtschaft infolge der Krise ging laut EU-Kommission 2011 gegenüber 2010 um mehr als die Hälfte zurück und machte 4,8 Mrd. Euro aus. Das zeige eine geringere Inanspruchnahme und die Sparzwänge der EU-Staaten. Die Gesamtaufwendungen für staatliche Beihilfen in der Europäischen Union für Strukturreformen sanken 2011 weiter auf 64,3 Mrd. Euro bzw. 0,5 % des EU-BIP. Wenngleich die Mitgliedstaaten allgemein ihre Bemühungen zur



MELODIE & RHYTHMUS
mit Unterstützung von
junge Welt

Talkin' Bout a Revolution

Sie haben die Wahl:
Die 10 wichtigsten Revolutionslieder

Abstimmen unter
www.melodieundrhythmus.com/revolution

Wir verlosen unter allen Teilnehmenden:



- zehn *Melodie & Rhythmus*-Jahresabonnements,
- dreimal Bernd Köhlers »Keine Wahl« - Ein Lieder- und Geschichtsbuch und eine CD,
- fünfmal das Tribut-Doppelalbum »Franz Josef Degenhardt - Freunde feiern sein Werk«

Verringerung des Beihilfeniveaus fortsetzen, ist ein erheblicher Teil des Rückgangs mutmaßlich auf die schwierigere Haushaltslage in vielen Mitgliedstaaten zurückzuführen. Mit diesem Rückgang der Aufwendungen für staatliche Beihilfen setzte sich der allgemeine Trend aus dem Zeitraum 2006-2011 fort. Der seit 2006 zu beobachtende Aufwärtstrend bei freigestellten Beihilfen¹ setzte sich fort; sie machen nunmehr etwa 32,5% der Gesamtaufwendungen für den Sekundär- und den Dienstleistungssektor aus. Der Sonderfonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von sechs Mrd. Euro ist unter diesem Blickwinkel völlig unzureichend.

5. Betrachtet man die aktuellen Entwicklungstrends, so ist eindeutig, dass die Länder der Eurozone in ihrem Lebensstandard auseinanderstreben. In Griechenland, Portugal und Spanien setzt sich die Divergenz in raschem Tempo fort, die massive Verschlechterung des Wohlstands der Bevölkerung konnte bis in die Gegenwart nicht aufgehalten werden. Beunruhigend ist die anhaltende Verschlechterung in Italien. Soweit nicht mit einem Politikwechsel das Ruder herumgerissen wird, was aktuell wenig wahrscheinlich ist, kann im überschaubaren Zeitraum mit keiner grundlegenden Änderung des Konvergenzprozesses gerechnet werden. Somit wird man sich, ohne politische Veränderungen, auf ein Fortbestehen oder auch eine Verstärkung der Unterschiede zwischen den nationalen Ökonomien in den nächsten Jahren einstellen müssen. Damit erhöht sich die Gefahr von politischen Brüchen.

Europa neu begründen

Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben mit Banken- und Konjunkturpaketen nur die Symptome der großen Krise bekämpft, ihre systemischen Ursachen blieben unberührt. Die schwierigste Phase der Großen Krise liegt nicht hinter uns, sondern vor uns. Die Erreichung des Ziels einer Rückkehr zu einem befriedigenden Wirtschaftswachstum, einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik und eines stabilen Finanzsystems liegt nach wie vor in weiter Ferne. Die wachsende soziale Spaltung in den Krisenländern bedroht längst den gesamtstaatlichen Prozess der politischen Willensbildung. Sparpolitik, Lohn- und Pensionskürzungen, die Zerschlagung kollektivvertraglicher Lohnbildung zerstören in Südeuropa die Reste des »Europäischen Sozialmodells«.

Obwohl auf internationaler Ebene Fortschritte bei der Regulierung erzielt worden sind, bedroht der Zustand des Finanzsektors noch immer die Stabilität der Globalökonomie und der Euro-Zone, vor allem in den Krisenstaaten. Diese Sanierung des Finanzsektors ist bis heute nicht abgeschlossen, weil das Platzen der großen Vermögenspreisblase (vor allem im Bereich der Immobilienpreise) anhält. Auf mittlere Sicht müssen die Banken über eine ausreichende Finanzkraft verfügen und einem umfassenden Kontroll- und Regulationssystem unterworfen werden, damit sie ihre wesentliche Aufgabe ohne staatliche Unterstützung erfüllen können. Diese umfassenden Veränderungen müssen mit einer Reduktion des gesellschaftlichen Gewichts der gesamten Finanzsphäre verbunden werden, die sich infolge der vermögensgetriebenen Kapitalakkumulation herausgebildet

Abbildung 2: Anteil der verarbeitenden Industrie, share in total value added of county group

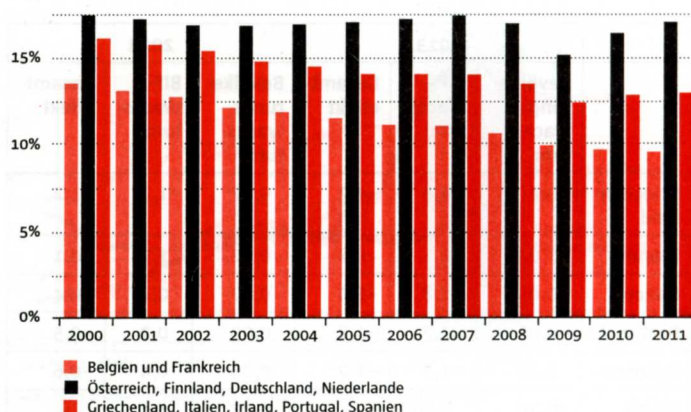
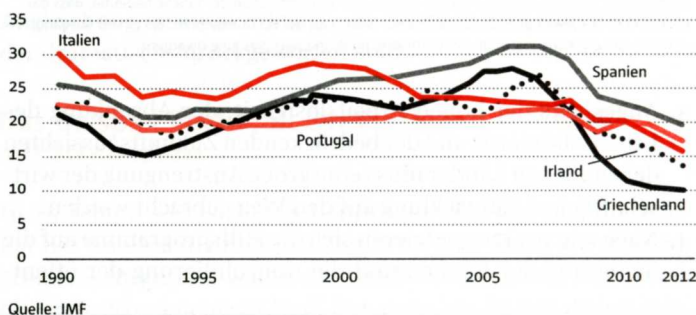


Abbildung 3: Investitionsquoten in % des Bruttoinlandsprodukts



hatte und deren Schrumpfung unvermeidlich ist.

Es gibt eine Alternative zur Austeritätspolitik. Für die europäische Krise gibt es eine europäische Lösung. Die Befürworter einer Renationalisierung überschätzen die Spielräume nationalstaatlicher Politik. Vor dem Hintergrund freier Kapital- und Warenströme sowie einer gemeinsamen Währung können nationale Regierungen in den zentralen Feldern der Wirtschafts-, Sozial- und Lohnpolitik keine progressive Politik im nationalen Alleingang durchhalten. Was aber im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass eine enge Zusammenarbeit der zwei/drei größten Volkswirtschaften (Deutschland, Frankreich, Italien) nicht neue Handlungsspielräume schaffen könnte. Zudem hängt die Stabilität nationaler Austeritätsregime immer noch sehr eng mit der Stabilität nationaler Regierungen zusammen. Insofern hat der Nationalstaat keinesfalls ausgedient. Eine Rückkehr zu nationalen Währungen – die radikalste Variante einer Renationalisierung – ist keine wünschenswerte politische Option. Dieser Weg würde mit dramatischen ökonomischen und sozialen Verwerfungen einhergehen. Die Alternative zu weniger Europa ist mehr Europa, aber anders. Ziel ist ein demokratisches und soziales Europa, das mit der neoliberalen Logik des Maastrichter Vertrags bricht.

Es ist falsch, Strukturanpassungen der nationalen Ökonomien in der Eurozone einseitig durch eine in eine ökonomische Depression führende Lohnsenkungs- und Austeritätspolitik erzwingen zu wollen. Europa braucht wirtschaftliches, sozial-ökologisches Wachstum und zugleich einen Strukturwandel in den

Akkumulationsregimen. Die Führungsrolle Deutschlands, die bislang in der massiven Durchsetzung von Austeritätsregimen besteht, muss überwunden werden, indem sich die ökonomische Hegemonialmacht von einer auf Leistungsbilanzüberschüsse ausgerichteten Wirtschaftspolitik verabschiedet und eine eher ausgeglichene Handelsbilanz anstrebt. Zu befürchten ist freilich, dass ein solcher Politikwechsel von den wirtschaftlichen und politischen Eliten abgelehnt wird. Das Kernproblem ist mittlerweile die weitgehende Zerstörung des politischen Feldes.

Nur mit Wachstum, so tönt es selbst von einem Teil der politischen Elite, könne die Schulden- und Fiskalkrise überwunden werden. Doch über nichts sind sich Politik und »Experten« so uneins wie darüber, wo Wachstum herkommen soll. Seit den 1970er Jahren sind die Wachstumsraten in den reichen Industrieländern mehr oder weniger stetig zurückgegangen; dieser Trend müsste umgekehrt werden. In den 1990er Jahren sah es eine Zeit lang so aus, als könne dies gelingen; aber was damals vor allem wuchs, waren der Finanzsektor und die Verschuldung der privaten Haushalte. Wachstum alleine dürfte allerdings zum Abbau der hohen Verschuldung nicht ausreichen. Das Verhältnis der gesamten Kapitalmarktschulden zum globalen BIP beträgt ca. 350%: Dem BIP von 62 Bio. US-Dollar stehen Kredite und Schulden von 200 Bio. US-Dollar gegenüber. Eine Schuldenreduktion nur mit höheren Wachstumsraten wäre eine langwierige Angelegenheit; es müssen andere Formen der finanziellen Repression (Umschuldung) hinzukommen. Es geht also um einen vernünftigen Mix von Entschuldung und qualitativem Wachstum, mit dem zugleich das Übergewicht des Finanzsektors zurückgeführt wird.

Doch welche Optionen gibt es – abgesehen von Niedrigzinsen und lockerer Geldpolitik – im Instrumentenkasten der Wirtschaftspolitik? Für die regierenden Politiker geht es um eine angebotsseitige Wachstumsförderung, also um Strukturreformen wie die Liberalisierung der Arbeitsmärkte, Verschlinkung des öffentlichen Sektors, Rentenreformen oder den Abbau von Hürden im Wettbewerb. Diese Strukturreformen – so ihre Anhänger – führen zur Sanierung der öffentlichen Haushalte und einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit; letztlich soll durch Ausweitung der Exporte ein wirtschaftlicher Aufschwung angestrebt werden. Ein solcher Politikansatz erhält von der EU-Kommission und dem Ministerrat stets volle Rückdeckung. Doch die Umsetzung erfolgt schleppend. Die Ergebnisse sind bescheiden, weil eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit längere Zeiträume beansprucht und in eine globalökonomische Öffnung der verschiedenen Märkte eingebunden sein muss, von der in den letzten Jahren kaum mehr etwas zu spüren ist.

Die Bauelemente einer Alternative sind bekannt: Notwendig ist ein Mix von Wachstumsanreizen und Sanierungsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen; außerdem brauchen wir Strategien gegen Europas interne Ungleichgewichte und Deutschlands enormen Leistungsbilanzüberschuss. Konkret bedeutet dies Lohnerhöhungen in Deutschland und eine Industriepolitik, die in den Volkswirtschaften Europas den Binnenmarkt ausbaut und die Überbetonung der Exportfähigkeit zurücknimmt. Das Scheitern der bisher verfolgten Strategie ist eindeutig: Die interne Abwertung, d.h. die zwangsweise Absenkung von Löhnen und Preisen, hat die Schuldenlast der Haushalte, Unter-



Als **Sonderdruck von »Sozialismus«** ist im Februar, anlässlich des Europaparteitags der LINKEN in Hamburg, die Positionsbestimmung »Für ein Europa mit Zukunft« erschienen. Axel Troost (finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE) plädiert darin für eine Reform der EU, die statt auf einer Säule – der Geld- und Wäh-

rungspolitik – auf drei weiteren Säulen aufbaut: einer gemeinsamen Fiskalpolitik, die von oben nach unten umverteilt, einer Wirtschaftspolitik, die mit öffentlichen Investitionsprogrammen Europa sozial und ökologisch erneuert, und einer Sozialpolitik, die Armut beseitigt und Entwicklungschancen schafft.

Die zwölfseitige Broschüre ist abrufbar unter http://www.sozialismus.de/fileadmin/users/sozialismus/pdf/Sozialismus_extra_Troost_2-2014_Web.pdf oder kann gegen eine Portospende von 2,50 Euro bestellt werden bei: Redaktion Sozialismus | St. Georgs Kirchhof 6 20099 Hamburg | E-Mail: redaktion@sozialismus.de

nehmen und Regierungen erhöht. Wird gespart, verlieren die Menschen ihre Arbeit, weil die von ihnen hergestellten Produkte niemand kauft. Durch Jobverlust sinkt aber die Schuldenlast nicht, sondern steigt an. Dieser Falle kann man entkommen, allerdings nur, wenn wir uns in der Diskussion über die Senkung der Schuldenquote von der Sparpolitik – höhere Steuern und niedrigere Ausgaben – verabschieden und über schuldenfreundliche Konjunkturanreize zu sprechen beginnen: nämlich über weitere Steuererhöhungen bei Anhebung der Staatsausgaben im gleichen Ausmaß. Auf diese Weise sinkt die Schuldenquote, weil der Nenner (die Wirtschaftsleistung) steigt und nicht, weil der Zähler (die gesamten Staatsschulden) kleiner wird. Diese Art des aufgeklärten wirtschaftlichen Anreizes stößt auf starke Vorurteile.

Das Kernproblem einer hartnäckigen Depression in der EU ist die unzureichende gesellschaftliche Nachfrage. Die Unternehmen investieren nicht genug in neue Anlagen oder Ausrüstung und sie schaffen daher zu geringes Lohneinkommen oder überhaupt zu wenig Arbeitsplätze. Man kann daher die Alternative zur Konsolidierungspolitik als politische Entscheidung betrachten, über Investitionen den gesellschaftlichen Konsum und damit die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen. Mit einer Fortführung von Schuldenpolitik hat dies also nichts zu tun. Es geht um Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse – letztlich selektive Steuererhöhungen in Zeiten wirtschaftlicher Not. Denn

¹ Die Kommission kann bestimmte Gruppen staatlicher Beihilfen von der Anmeldepflicht freistellen.

Europa braucht Strukturreformen, aber eben nicht so wie es die Verfechter einer Konsolidierungspolitik fordern. Die Alternative zur Konsolidierung läuft darauf hinaus, über eine Erhöhung der Steuern für höhere Einkommen, Vermögenserträge und angesammelte große Vermögen öffentliche Güter und Dienste, die vom privatkapitalistischen Sektor nicht ausreichend bereitgestellt werden – Dinge wie Verbesserung sozialer Sicherheit, Bildung, Gesundheitsvorsorge und öffentliche Infrastrukturen –, zu finanzieren.

Es geht mithin um eine steuerfinanzierte Ausgabenpolitik: Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat beispielsweise einen »Marshall Plan für Europa« vorgeschlagen, bei dem über einen Zeitraum von zehn Jahren jedes Jahr zusätzliche Investitionen in Höhe von 260 Mrd. Euro (ca. 2% des BIP) getätigt würden (DGB 2012). Ein Europäischer Zukunftsfonds würde Anleihen emittieren, die von allen teilnehmenden Mitgliedstaaten garantiert werden. Einnahmen aus einer Transaktionssteuer würden zur Schuldentilgung verwendet. Das Startkapital für den Fonds käme von einer einmaligen Vermögensabgabe.

Wir sollten also die relative Verselbständigung der Finanzmärkte vom realwirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess zum Ausgangspunkt nehmen, um über eine Veränderung der Verteilungsverhältnisse eine strukturelle Veränderung des gesellschaftlichen Gesamtproduktionsprozesses einzuleiten. In zahlreichen Sektoren liegt der Anteil der Unternehmenseinkommen am Volkseinkommen in den USA und vielen anderen Ländern auf dem höchsten Wert seit Jahrzehnten. Das Einkommen der wirtschaftlichen Eliten und sozialen Oberschichten hat sich seit längerem von der Entwicklung hinsichtlich Gesamtproduktion und Beschäftigungswachstum deutlich entfernt. Während die Nachfrage nach Luxusgütern boomt, sinkt der Bedarf nach Waren und Dienstleistungen für Gruppen mit niedrigeren Einkommen. Mit Ausnahme der unmittelbar von der Krise betroffenen Länder passiert das alles inmitten einer Zeit extremer geldpolitischer Lockerungen und Fast-Nullzinsen. Die strukturelle Konzentration der Einkommen an der Spitze geht mit billigem Geld und der Jagd nach Renditen einher und treibt damit die Aktienkurse in die Höhe.

Trotz der weit verbreiteten Sorge und Angst vor Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und der extremen Konzentration von Einkommen und Reichtum, bleibt die politisch-gesellschaftliche Unterstützung für ein alternatives Sanierungs- und Wachstumsmodell bescheiden. Doch ohne tiefgreifende sozio-ökonomische Reformen wird sich das BIP-Wachstum in den kapitalistischen Hauptländern bestenfalls langsam erholen, während die politischen Systeme verriegelt bleiben. Die politische Alternative liegt in einer Konzeption zur Begrenzung von Reichtum und Macht, zur breiteren Verteilung wirtschaftlicher Gewinne durch starkes Wachstum der Realeinkommen der Armen sowie zur Aufrechterhaltung makroökonomischer Stabilität. Die Hindernisse zur Umsetzung einer solchen Restrukturierung des Reichtums führen zur erneuten Verselbständigung der Finanz- und Wertpapiermärkte vom gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess. Erneut könnte sich die wachsende Kluft zwischen den boomenden Finanzmärkten und der durchwachsenen Lebenspraxis der Mehrheit der BürgerInnen noch erweitern. Wenn der Höhenflug der Vermögenswertpreise über die Realität al-

lerdings nicht gesellschaftlich unterbunden wird, wird erneut ein schockartiger Wertverfall die wirkliche Produktionsbasis sichtbar machen.

Der ökologische Umbau der Industrie und die notwendige Konversion bestimmter Produktionslinien können nur durch eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik auf regionaler Ebene bewerkstelligt werden. Hierzu sind demokratische Foren wie regionale Wirtschafts- und Sozialräte oder auch Public-Equity-Fonds notwendig, die den Strukturwandel ökologisch und sozialverträglich gestalten können:

- Verbesserung der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen;
- Umweltschutz, insbesondere Kampf gegen den Klimawandel;
- umfassende Investitionen ins Bildungssystem, vom Vorschulbereich bis zu den Hochschulen;
- Verbesserung und Verbilligung der Wohnmöglichkeiten für junge Menschen;
- bessere Entfaltungschancen für junge Menschen am Arbeitsmarkt, insbesondere durch schrittweise Rückführung der Formen atypischer Beschäftigung;
- Verbesserung der Lebenschancen von Menschen unabhängig vom sozio-ökonomischen Hintergrund, insbesondere durch bessere Integration von Personen mit Migrationshintergrund;
- Milderung der Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung und damit Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

In der Eurozone müssen außerdem die nationalen Lohn-, Steuer-, und Sozialpolitiken koordiniert werden. Für die nationalen Lohnpolitiken bedeutet dies, dass die Lohnzuwächse den verteilungsneutralen Spielraum (Inflations- plus Produktivitätszuwachs) ausschöpfen sollten. Damit würden lohnkostenbedingte Wettbewerbsverzerrungen vermieden und ein Beitrag zum Ausgleich der Leistungsbilanzen geleistet. Notwendige Voraussetzung hierfür ist, dass die nationale Lohnpolitik die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung steuern kann. In vielen europäischen Ländern ist das heute aufgrund rückläufiger Tarifbindung nicht mehr der Fall. Dort muss die Politik die Gewerkschaften durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder handlungsfähig machen. In der Steuerpolitik sollten die Unternehmenssteuersätze auf der Grundlage einheitlicher Bemessungsgrundlagen harmonisiert werden.

Mitten in einer schweren Krise muss eine makroökonomisch effiziente Fiskalpolitik das Einkommen vom Haushaltssektor auf eine solche Weise zum Staat umverteilen, dass das private Sparen sinkt, nicht aber der Konsum. Gleichzeitig gilt es, kurzfristig-spekulative Aktivitäten auf den Finanzmärkten einzuschränken und langfristig-realwirtschaftliche Aktivitäten der Unternehmen zu fördern. Daraus folgt weiter: Die Maßnahmen der »expansiven Strategie« sind durch Beiträge hoher und höchster Einkommen und Vermögen sowie durch eine höhere Besteuerung von Finanztransaktionen und Finanzvermögen zu finanzieren.